Beschlussvorlage

Bereich | Amt
OV Karsau
Verfasser/in

Vorlagen-Nr.
KSU/13/2019
Aktenzeichen

Anlagedatum
24.06.2019

Beratungsfolge

Gremium	Sitzungstermin	Öffentlichkeit	Zuständigkeit
Ortschaftsrat Karsau	27.06.2019	Ö	Beschlussfassung

N = nichtöffentliche Sitzung, Ö = öffentliche Sitzung

Verhandlungsgegenstand

Verpflichtung der neu gewählten Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte (§32 Abs. 1 i. V. mit §v 72 GemO) durch den Ortsvorsteher

Beschlussvorschlag

Der Vorsitzende weist die Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte auf die ihnen aus der Übernahme ihres Ehrenamtes erwachsenden Pflichten hin (Pflicht zur Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit, zu uneigennützigem und verantwortungsvollem Handeln, zur Verschwiegenheit, zur Mitteilung beim Vorliegen von Befangenheitsgründen, zum rechtmäßigen Handeln und zur Teilnahme an den Sitzungen sowie Verbot des Geltendmachens von Ansprüchen und Interessen eines anderen gegen die Gemeinde).

Hierauf verpflichtet er die Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte, gemäß § 32 Abs. 1 i. V. mit § 72 GemO. Die Verpflichtungsformel hat folgenden Wortlaut:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Gemeinde gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Die verpflichteten Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte und der Vorsitzende unterzeichnen anschließend jeweils die Verpflichtungsniederschrift.

Anlagen

Interne Prüfung

1. Finanzielle Auswirkungen

1.1 Der Beschlussvorschlag hat unmittelbar finanzielle Auswirkungen

ja, in Höhe von Betrag Euro nein

1.2 Der Beschlussvorschlag erzeugt langfristige Folgekosten

ja, in Höhe von jährlich Betrag Euro nein

Erläuterung:

1.3 Die benötigten Mittel stehen im Haushalts-/Wirtschaftsplan zur Verfügung im laufenden Haushaltsjahr

ja nein

in der mittelfristigen Finanzplanung

ja nein

unter

Kostenstelle Name der Kostenstelle

1.4 Beteiligung der Stadtkämmerei

ja nein

Erläuterung:

2. Personelle Auswirkungen

ja nein

Erläuterung

3. Nachhaltigkeits-Check

ja, vergleiche Anlage nicht erforderlich

Erläuterungen

Nach § 32 Abs. 1 i. V. mit § 72 GemO müssen bei der ersten Sitzung sämtliche Ortschaftsräte (auch die wieder gewählten) durch den Ortsvorsteher öffentlich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten verpflichtet werden.

Der Wortlaut ergibt sich aus dem Formblatt, das den Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräten zu Beginn der Sitzung ausgehändigt wird und das nach erfolgter Verpflichtung unterzeichnet zurückgegeben werden muss (ein Expl. Erhält der/die Verpflichtete).